

Absender Stadtratsfraktion Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg e.V.	Drucksachen-Nr. 506/2005
	<input checked="" type="checkbox"/> Öffentlich
	<input type="checkbox"/> Nicht öffentlich
Antrag	
der Fraktion, der Ratsmitglieder ▼	zur Sitzung des
Stadtratsfraktion Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg e.V.	Finanz- und Liegenschaftsausschusses am 27.09.2005

Tagesordnungspunkt

Antrag der Fraktion Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg vom 30.04.2005 zur Auflösung der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach

Inhalt:

@->

Der Antrag der Fraktion Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg vom 30.04.2005 ist beige-fügt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Handlungsbedarf

Der Bürgermeister stimmt der Fraktion Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg ausdrücklich zu, dass im Bereich der Bäder erheblicher Handlungsbedarf besteht. Die Erträge aus den Fonds reichen nicht aus, die jetzige Bäderlandschaft unter den derzeitigen Rahmenbedingungen dauerhaft zu finanzieren.

Projektgruppe

Der Bürgermeister hat deshalb eine verwaltungsinterne Projektgruppe eingerichtet, deren Aufgabe es war, die komplexe Situation im Bäderbereich transparent zu machen und Entscheidungsvorschläge für die „Zukunft der Bäder“ zu entwickeln.

Es galt die verschiedenen Aspekte „Optimierung der Kosten- und Erlössituation der Bäder GmbH“, „Umstellung der Finanzierung der GmbH“, „Aktivierung des Bädervermögens zur Haushaltssicherung“, „angemessene Berücksichtigung des Bedarfs von Schulen und Vereinen“ sowie die „Vertragsverhandlungen mit der Betreibergesellschaft des Mediterana“ in der Projektgruppenarbeit zu untersuchen und zu bewerten.

Die Projektgruppe unter Federführung des Bürgermeisterbüros setzte sich folgerichtig aus der Geschäftsführung der GmbH, dem Fachbereichsleiter Bildung, Kultur, Schule und Sport (FB 4), dem zentralen Verwaltungscontrolling (FB 1) und dem Beteiligungscontrolling (FB 2) zusammen. Bedarfsabhängig wurde weiteres Know-how aus der Verwaltung hinzugezogen.

„Zukunft der Bäder“

Zwischenzeitlich hat der Bürgermeister auf der Basis der Projektgruppenarbeit ein Gesamtkonzept zur „Zukunft der Bäder“ erstellt, das den Vorsitzenden der Fraktionen im Rat der Stadt am 30.08.2005 ausgehändigt wurde und in der letzten Aufsichtsratssitzung der GmbH am 08.09.2005 einstimmig verabschiedet wurde.

Zurzeit laufen auf dieser Grundlage intensive Verhandlungen mit externen Akteuren (Schwimmverein Bergisch Gladbach und Betreibergesellschaft des Mediterana).

Wenn auch deren Positionen eruiert sind, wird der Bürgermeister seinen Vorschlag den zuständigen Gremien des Rates und der GmbH zur Diskussion und Entscheidung vorlegen.

Auf ein Detail des BfBB-Antrags soll jedoch bereits an dieser Stelle eingegangen werden:

Schuldenablösung aus dem Verkauf der Wertpapierfonds

Mit dieser Detailfrage hat sich die Projektgruppe unter dem Aspekt „Aktivieren des Vermögens der GmbH zu Haushaltskonsolidierung“ auseinandergesetzt.

Eine Rückführung von Kassenkrediten aus Mitteln der Wertpapier-Anlage verbietet sich bei aktuellem und absehbarem Zinsniveau wegen der voraussichtlich fortbestehenden Zinsdifferenzen.

Von der Projektgruppe ist aber mit der Bezirksregierung informell abgeklärt worden, dass auch eine Tilgung von langfristigen Verbindlichkeiten möglich wäre.

Auch dies macht jedoch nur bei einer positiven Zinsdifferenz Sinn. Zurzeit übersteigen die Erträge aus den Fonds aber die Kreditzinsen deutlich. (Auch die Frage von Vorfälligkeitsentschädigungen ist zu berücksichtigen.)

Die weitere Zinsentwicklung wird vom Fachbereich Finanzen, der im Rahmen des Beteiligungscontrollings und des Schuldenmanagements über alle notwendigen Informationen verfügt, ständig beobachtet.

Rechtsformproblematik

Der Bürgermeister empfiehlt, die Frage der Rechtsform erst nach der Umsetzung des Konzepts „Zukunft der Bäder“ im Detail zu untersuchen und zu entscheiden.

Die Vorgehensweise des Bürgermeisters und der Projektgruppe folgt dem allgemein anerkannten Grundsatz „Organisationsoptimierung vor Rechtsformänderung“.

Dieser Grundsatz fußt auf der Erkenntnis, dass allein eine Änderung der Rechtsform keine echten Rationalisierungspotenziale ausschöpft. Dies kann nur eine wirksame Optimierung der Strukturen und Prozesse leisten.

Bei der künftigen Untersuchung ist zu berücksichtigen, dass die Bäder GmbH nach der Ausgliederung aus der Stadtverwaltung erhebliche Erfolge vorweisen kann.

Stabilisierung, bzw. Reduzierung von lfd. Betriebskosten sind außerordentlich erfolgreich verlaufen, nicht zuletzt vor dem Hintergrund einer umfangreichen Investitionstätigkeit und der privaten Rechtsform als Grundlagen für langfristig positive Kostenverläufe. Nach Feststellungen der GPA NRW erreicht die Stadt mit ihrer Bäder - GmbH im interkommunalen Vergleich (Belastung für Bäder pro Einwohner, Verluste je Badbesucher) durchschnittliche, bzw. leicht überdurchschnittliche Ergebnisse. Auch die Statistiken der Deutschen Gesellschaft für das Badewesen bestätigen, dass die Bäder GmbH im überörtlichen Vergleich durchweg relativ hohe Kostendeckungsgrade und niedrige Subventionswerte vorweisen kann.

Auch von daher besteht zurzeit kein akuter Handlungsbedarf, die Rechtsform in Frage zu stellen.

Beschlussvorschlag:

1. Die Rechtsform des Betriebs der städtischen Bäder in Form einer GmbH wird zum gegenwärtigen Zeitpunkt beibehalten.
2. Nach Umsetzung des Konzepts „Zukunft der Bäder“ wird die Auflösung der Gesellschaft ergebnisoffen geprüft.

<-@

Finanzielle Auswirkungen:	
1. Gesamtkosten der Maßnahme:	
2. Jährliche Folgekosten:	
3. Finanzierung:	
- Eigenanteil:	
- objektbezogene Einnahmen:	
4. Veranschlagung der Haushaltsmittel:	
5. Haushaltsstelle: -	